

KRIMINALITÄT

Schikane hinter Gittern? Wie „Prinz-Reuß-Mitverschwörer“ wochenlang keine neuen Unterhosen erhielt



Seit über 1000 Tagen in U-Haft: Michael Fritsch und Prinz Reuß.

21.11.2025 - 01:38 Uhr

FELIX PERREFORT

Zwei verschwundene Paketscheine, wochenlang keine Unterwäsche – und plötzlich geht es doch: In der JVA Weiterstadt sitzt Ex-Polizist Michael Fritsch, angeklagt als Terrorist im großen Frankfurter „Reichsbürger-Prozess“. Seine Verlobte durfte ihm wochenlang keine frische Kleidung schicken, weil die Anstalt zwei genehmigte Paketscheine nacheinander angeblich „verloren“ hatte. Dann, ohne

angesehen „reformerischer Mann, ohne Erklärung, die Wende: Plötzlich durfte sie die Unterhosen direkt vorbeibringen – ganz ohne Paketschein. Was geschieht in dieser Anstalt, die schon früher wegen fragwürdiger Praktiken auffiel? NIUS hat recherchiert.

Früher Polizist, dann Corona-Kritiker, heute Häftling

In einem hessischen Gefängnis, bekannt durch den RAF-Anschlag von 1993, 37 Kilometer südlich von Frankfurt, wusch ein Mann seine letzten drei Unterhosen per Hand am Waschbecken. Vor wenigen Jahren stand der Mann noch auf der anderen Seite des Gesetzes. Michael Fritsch war Polizist, bis er wegen Reden auf Corona-Demonstrationen suspendiert wurde.



Seit fast drei Jahren sitzt der ehemalige Polizist hier in U-Haft – ohne Beweis für seine Schuld. Der Prozess dauert weiterhin an.

Im Frankfurter Reichsbürger-Prozess, zusammen mit Prinz Reuß angeklagt, wirft ihm die Bundesanwaltschaft vor, an einem Umsturzplan beteiligt gewesen zu sein – nach dem er eine Art „Innenminister“ werden sollte, wie der *NDR* schrieb. „Dafür soll Michael Fritsch laut Anklage versucht haben, insbesondere Polizisten und Bundeswehrsoldaten anzuwerben. Es soll Rekrutierungsveranstaltungen in der Region Hannover und im Harz gegeben haben“, berichtete der *NDR* weiter. Hannovers früherer Polizeipräsident Volker Kluwe erklärte, es gebe einen „kompetenten, rational denkenden“ Fritsch – und einen anderen, der „verrückte Dinge glaubt“. Belege oder Beispiele erwähnte der *NDR* jedoch

nicht.



Michael Fritsch, Ex-Kriminalhauptkommissar, spricht am 13. März 2021 bei einer Demo. Die Veranstaltung war Teil der bundesweiten Hauptstädte-Demo „1 Jahr Lockdown – es reicht!“.

Der spurlos verschwundene Paketschein – zweimal

Zurück nach Weiterstadt. Um neue Unterwäsche senden zu können, brauche es einen Paketschein, teilte ihm die JVA mit. Der Antrag wurde gestellt und am 23. Oktober genehmigt. Doch der Paketschein kam nie an. Er sei in der Anstalt verloren gegangen, hieß es nach NIUS-Informationen. Mittlerweile ist klar: Auch ein zweiter Paketschein ging spurlos verloren. Passierte Fritsch das, was Whistleblower – ehemalige JVA-Bedienstete – in der Hessenschau schildern?

„Die Gefangenen sind auf Teufel komm raus auf uns angewiesen. Mehrere Kollegen haben die Antragsformulare geschreddert, auf denen die Gefangenen ihren Bedarf geschrieben haben. Die Kollegen haben das aber nicht bearbeitet. Die Leute haben also gewartet und fünfmal geschrieben.“

Sehen Sie hier den Beitrag der Hessenschau:

An dieser Stelle finden Sie einen externen Inhalt von Twitter, der den Artikel ergänzt und von der Redaktion empfohlen wird. Sie können ihn sich mit einem Klick anzeigen lassen und wieder ausblenden.

Externer Inhalt

Ich bin damit einverstanden, dass mir externe Inhalte angezeigt werden. Damit können personenbezogene Daten an Drittplattformen übermittelt werden. Mehr dazu in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Und dann die überraschende Wende

Nachdem wochenlang erklärt worden war, ohne Paketschein sei keine Zusendung möglich, geschah plötzlich das Gegenteil: Fritschs Verlobte durfte die Unterhosen direkt bei der Paketstelle abgeben – auf einmal ganz ohne Paketschein. NIUS erfuhr diese Schilderung aus voneinander unabhängigen Quellen. Eine Formalie, die zuvor als unverzichtbar dargestellt worden war, war plötzlich bedeutungslos. Warum galt die Regel erst strikt – und dann gar nicht? Warum verschwinden zwei genehmigte Paketscheine spurlos? Und weshalb wird das System auf einmal außer Kraft gesetzt?

Fakt ist: Zwischen dem Zeitpunkt, an dem der erste Paketschein beantragt wurde, und der tatsächlichen Versorgung mit Unterwäsche, veröffentlichte NIUS einen Artikel, der berichtete, wie ein Brief von Fritsch an den amerikanischen Vizepräsidenten JD Vance der Gefängniszensur zum Opfer gefallen war. Laut NIUS-Informationen herrscht seit dieser Veröffentlichung Unruhe in der Belegschaft der JVA Weiterstadt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass öffentlicher Druck dazu führte, dass die Versorgung mit dem Allernötigsten plötzlich ganz unbürokratisch möglich wurde.

Konfrontation des hessischen Justizministeriums

NIUS stellte dem zuständigen Ministerium daraufhin drei konkrete Fragen:

- Stimmt es, dass im Fall Fritsch nacheinander zwei Paketscheine „verloren“ gingen und er deshalb wochenlang keine Unterhosen erhielt?
- Stimmt es, dass seine Verlobte später Unterhosen ohne Paketschein direkt an der

Paketstelle abgeben konnte – und wenn ja, warum war dies plötzlich möglich?

- Wie bewertet das Ministerium den Vorgang insgesamt: Handelt es sich um reguläre Abläufe oder um Fehlverhalten bzw. Schikane innerhalb der JVA?

Ein Pressesprecher bestritt die Vorgänge nicht, sondern antwortete: „Ihre Anfrage kann aufgrund datenschutz- sowie presserechtlicher Bestimmungen nicht beantwortet werden, da sie die persönlichen Angelegenheiten von Herrn Fritsch betrifft.“

Im Klartext – und das gilt unabhängig von Herrn Fritsch: Wenn möglicherweise grundlegende Menschenrechte eines Gefangenen verletzt werden, beruft sich das Justizministerium ausgerechnet auf eben diese Menschenrechte, um sich dazu nicht zu äußern.

Verantwortlich für die Vorgänge ist die Leiterin der Justizvollzugsanstalt, Jutta Staudt-Treber. Die politische Verantwortung trägt der hessische Justizminister Christian Heinz (CDU).



Verantwortlich für die JVA Weiterstadt ist das Justizministerium von Christian Heinz (CDU).

„Hier geht es um die Menschenwürde“

Während das Justizministerium jede Auskunft verweigert, sind die Einschätzungen der befragten Juristen eindeutig. Fritschs Anwalt Dirk Sattelmaier sagte gegenüber NIUS: „Auf Nachfrage weiß

niemand, wo der Paketschein ist. Mein Mandant verfügt seit Wochen nur über drei Unterhosen, die er jeden zweiten Tag mit der Hand waschen und auf der Heizung trocknen muss.“

NIUS befragte zudem den Strafrechtler Udo Vetter – am Prozess unbeteiligt –, der betont: „Es geht um essenzielle Kleidung, die zugesandt werden muss. Das Strafvollzugsgesetz gibt klare Regeln vor: Die Untersuchungshaft darf nur unvermeidbare Einschränkungen mit sich bringen. Die Lebensverhältnisse sollen möglichst so sein, dass der Untersuchungshäftling milde behandelt wird. Es ist ja keine vorweggenommene Strafe.“

Wenn ein Gefangener dringend Kleidung benötige, so Vetter weiter, dürfe das nicht an Formalitäten scheitern: „Wenn es existenziell ist, muss es schnell gehen. Hier geht es um die Menschenwürde.“

Warum U-Haft sogar härter als Strafhaft sein kann

Einem verbreiteten Irrtum zufolge sei der reguläre Strafvollzug härter als die Untersuchungshaft. Rechtsanwalt Dirk Sattelman erklärt gegenüber NIUS, warum das Gegenteil der Fall ist:

„In der U-Haft gibt es keine Möglichkeit, über die eine Stunde Hofgang und eine Stunde Freizeit hinaus die Zelle zu verlassen – und die Freizeit fällt oft wegen Personalmangels aus. Das bedeutet: mindestens 22 Stunden Einschluss. In der Strafhaft dagegen kann man arbeiten, hat mehr Kontaktmöglichkeiten und erhält später sogar Freigänge.“

Über tausend Tage sitzt der Ex-Polizist nun in Untersuchungshaft. Angeklagt für ein Verbrechen, für das die Staatsanwaltschaft bis heute keinen schlagenden Beweis vorgelegt hat. Der Mammut-Indizienprozess beschäftigt sich seit Monaten vor allem mit dem Verlesen alter Chat-Nachrichten. Auch deshalb dürften die bis Mitte Januar angesetzten Prozesstage keineswegs ausreichen.

Lesen Sie auch: